

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR • GEGRÜNDET 1870

Tacheles

Nicht Volkes Stimme

Olga Romanowa

Generationen von sowjetischen und dann auch russischen Kindern haben in der Schule Aufsätze zum Thema „Der überflüssige Mensch“ geschrieben. So heißt ein beliebter Stoff im Unterricht zur russischen Literatur. Tschatski – nutzlos, Onegin – nutzlos, Petschorin, Basarow, Dubrowski, Raskolnikow, Oblomow. Das sind schablonenartige Aufsätze: Da hat sich ein denkender Mensch nicht einfügen können in das ihm fremde Milieu der Gutsbesitzer, Wucherer und Sekretäre, in die Welt des Gewinnstrebens und Kirschklikors. Wollte die Gesellschaft zum Besseren verändern, wurde von der Gesellschaft zurückgestoßen, geht zu Grunde. Ganz anders die Literatur des sozialistischen Realismus, in der das Kollektiv den Einzelnen nicht verliert, gibt, in der Komsomolzen die Renegaten besiegen – dumme, boshafte und unangenehme Typen. Schädlinge, Saboteure und Spione.

Anna Politkowskaja ist ermordet worden, deren Artikel der Präsident als schädlich charakterisiert hat (wenn auch, nach Putins Worten, der Mord noch schädlicher war) – und als wenig einflussreich. Als Reaktion auf diese Aussage verlässt Oleg Orlow, der Chef von „Memorial“, den Beirat für Menschenrechte des Präsidenten. Der bekannte und hoch geschätzte Journalist Valerij Panjuschkina schreibt eine Abschiedskolumne im „Kommersant“ und erlegt sich Schweigen auf. Viele andere sind bereits verstummt, ohne sich groß zu erklären – wozu Perlen vor die Säue werfen?

Im Internet, im „Eschednewnyj Journal“ und auf „Echo Moskwy“ wird debattiert: Ist das richtig, dem Beruf abzuschwören, die Schultern hängen zu lassen, nicht aufs Ganze zu gehen? Wäre es nicht redlicher, die Zähne zusammenzubeißen und seine Pflicht zu erfüllen, koste es, was es wolle? Jeder trifft seine Wahl für sich selbst. Valerij Panjuschkina sagt, dass er es satt hat, ein Mops zu sein, der den Elefanten anbellt. Anton Orsch von „Echo Moskwy“ schreibt im „EJ“, dass es niemanden gibt, für den es sich einzusetzen lohnt – das Volk will es nicht hören. Wer Ohren hat, der hört auch, widerspricht Ewgenij Albaz. Unser Präsident zeichne sich dadurch aus, dass er keine Gedanken ins Volk hineintragt, sondern Meinungen, die sich in der Gesellschaft bereits gebildet haben, genauestens erfasse und zum Ausdruck bringe.

Fortsetzung auf Seite 11



Tod im Theater: Eine Ausstellung im Moskauer Sacharow-Zentrum zeigt in Bildern, worüber niemand mehr sprechen soll: Die bangen Stunden der Geiselnahme im Musical Nord-Ost vom 23. bis 26. Oktober 2002. Vier Jahre nach der Tragödie, bei der 130 Geiseln starben, ist die Untersuchung nicht beendet und sind politisch brisante Themen in der Kunst die Ausnahme (Seite 15).

Stichworte

„Ich habe das Gefühl, dass Russland sich in einer Phase einer tiefen manischen Depression befindet. Die Symptome sind offensichtlich: pathologische Ängstlichkeit und Empfindlichkeit. Der Eindruck, dass sich die ganze Welt gegen uns verschworen hat.“

Der in Moskau lebende georgische Schriftsteller Grigorij Tschchartischwili, besser bekannt unter seinem Pseudonym Boris Akunin zur russischen Befindlichkeit.

„Sie gehen zur Wahl genauso wie zur Arbeit: Auf den Bulletins erkennen sie die ihnen bekannten und mental vertrauten Namen und stimmen für sie.“

Der Vorsitzende des Föderationsrats und Führer der Partei des Lebens, Sergej Mironow, über seine Lieblingswähler: die Pensionäre.

„Russland ist ein Land, in dem die absolute Mehrheit der Bevölkerung nicht damit zufrieden wäre, im Schlafaffenland zu leben.“

Der Jabloko-Führer Grigorij Jawlinskij über die russische Lust, zu leiden.

„Das verwirrt mich, wir arbeiten, wir machen etwas, manchmal schwitzen wir, aber meistens reden wir.“

Der russische Premierminister, Michail Fradkow, nach einer Regierungssitzung über die russische Wohnungspolitik.

Zivilgesellschaft unter Hausarrest

Vergangenen Donnerstag mussten namhafte ausländische Menschenrechtsorganisationen in Russland ihre Arbeit vorerst einstellen, weil sie nicht fristgerecht registriert wurden. Die Behörden nahmen von mehreren hundert ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) bisher 113 ins neue Verzeichnis auf, zur Mehrheit Adoptions-Vermittlungen.

Christian Weisflog

„Ich weiß gar nicht, ob ich mit Journalisten sprechen darf“, zögert Allison Gill, die Direktorin der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in Russland. Denn die Öffentlichkeitsarbeit via Presse gehöre zu den Kernaufgaben ihrer Organisation, deren Wahrnehmung ihr ohne Registrierung untersagt sei, erklärt Gill am Telefon.

Das am 18. April in Kraft getretene „Gesetz über Nichtregierungsorganisationen“ verlangte von ausländischen NGO, sich innerhalb von sechs Monaten in ein neu geschaffenes staatliches Register einzutragen. Eine NGO, die bis zum 18. Oktober von der zuständigen

Behörde nicht in das Verzeichnis aufgenommen wurde, muss ihre Tätigkeit bis auf weiteres einstellen. „Wir sitzen im Büro und drehen Daumen“, klagt Sergej Nikitin, der Direktor von Amnesty International in Moskau.

Von mehreren hundert ausländischen NGO wurden 113 rechtzeitig registriert, dabei handelt es sich vor allem um Adoptions-Agenturen. Etwa 90 Anträge auf Registrierung werden zurzeit von der zuständigen Behörde geprüft. Dazu gehören die erwähnten Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International sowie das amerikanische National Democratic Institute (NDI), das sich der weltweiten Demokratieförderung verschrieben hat.

Ebenfalls nicht registriert wurden bisher zwei Vertretungen von „Ärzte ohne Grenzen“. Auch die Ärzte mussten ihre Tätigkeit im Nordkaukasus sowie ihre Hilfsarbeit für Straßenkinder und Obdachlose in Moskau einstellen.

Das NDI ausgenommen, waren alle diese Organisationen in Tschetschenien tätig. Human Rights Watch und Amnesty International machten immer wieder auf die Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus und auch in der russischen Armee aufmerksam. Ein Vergleich mit den deutschen NGO lässt zumindest eine Ungleichbehandlung durch die Registrierungsbehörden vermuten: Die Heinrich-Böll-Stiftung wurde innerhalb von zwei Tagen aufgenommen, die amerikanische Ford Foundation musste fast einen Monat warten. Bis auf die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) wurden alle deutschen Parteienstiftungen rechtzeitig registriert. „Das kann noch zwei bis drei Wochen dauern“, hieß es auf Anfrage im Moskauer Büro der KAS.

Doch die Nichtregistrierung dieser Organisationen ist laut dem Leiter der Föderalen Registrierungsbehörde, Sergej Mowtschan, keineswegs politisch motiviert. Mowtschan macht dafür den „menschlichen Faktor“ verantwortlich: Obwohl die NGO seit April um die Frist wussten, hätten sich viele zu spät darum gekümmert und ihre Dokumente erst im letzten Augenblick eingereicht. Zudem: „Viele Dokumente enthalten orthografische und stilistische Fehler“, erklärte Mowtschan und kritisierte die von den ausländischen NGO beauftragten Juristen für ihre mangelhafte Arbeit.

„Das ist bloße Fantasie“, entgegnet Sergej Nikitin dieser Kritik und beschuldigt seinerseits den russischen Bürokratismus. So habe die Registrierungsbehörde von Amnesty International zum Beispiel das englische Gesetz angefordert, auf dessen Basis die Organisation gegründet worden sei.

Fortsetzung auf Seite 8

Seite 6

Konkurrenzlos: Auf dem russischen Personalmarkt sind geeignete Arbeitskräfte schwer zu finden. Wie sich deutsche Firmen zu helfen wissen.



Seite 9



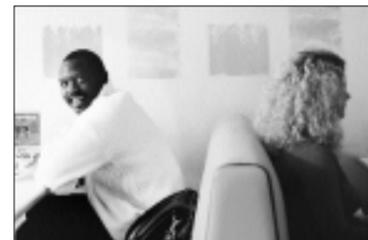
Skrupellos: Russland steht vor einem Putsch, sagt Lew Ponomarew im Interview.

Seite 13

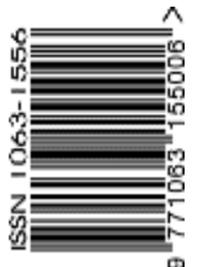
Rastlos: Nach dem Ende des Sozialismus sehen die Nomaden der Mongolei im Tourismus eine neue Chance für die Zukunft ihrer Kinder. Eine Reportage.



Seite 16



Heimatlos: Afrikaner erzählen über ihr Leben zwischen Angst und Zivilcourage in Moskau.



Die nächste Ausgabe erscheint am 8. November

www.mdz-moskau.eu

MDZ-Infodienst

Russische Presse noch weniger frei

In der Rangliste zur Pressefreiheit der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ führt der Weg Russlands weiterhin nach unten. In diesem Jahr fiel das größte Land der Welt um neun Positionen, vom 138. auf den 147. Platz zurück. Damit liegt Russland gar hinter afrikanischen Ländern wie Sudan oder Somalia zurück und nähert sich den Schlusslichtern Eritrea, Turkmenistan und Nordkorea auf den Plätzen 166 bis 168 an. „Russland schränkt die freie Presse langsam, aber stetig ein, indem Präsident Putin nahe stehende industrielle Gruppen unabhängige Medien praktisch vollständig aufkaufen“, heißt es in dem Bericht von „Reporter ohne Grenzen“. „In Russland werden jedes Jahr unbestraft mehrere Journalisten getötet. Die Person, die den Herausgeber des russischen Forbes Magazine, Paul Khlebnikov, 2004 getötet hat, bleibt unbekannt. Die Ermordung der investigativen Journalistin Anna Politkowskaja Anfang Oktober ist ein schlechtes Zeichen für das kommende Jahr“, schreibt die Organisation weiter. Allerdings haben auch die USA im vergangenen Jahr neun Plätze verloren. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten rutschte seit 2002 vom 17. auf den 53. Platz ab.

Opfer von Nord-Ost wollen klagen

Auch vier Jahre nach der Geiselnahme im Musical Nord-Ost an der Dubrowka-Straße in Moskau sind die Untersuchungen dazu nicht abgeschlossen. Die Sturmtruppen setzten ein Narkose-Gas ein, das laut den Angehörigen der Opfer für den Tod vieler Geiseln verantwortlich war. Insgesamt 130 von 912 Geiseln kamen bei der Befreiungsaktion ums Leben. Im August wurde nun das Ende der Untersuchungen erneut verschoben. Zum Unmut der Hinterbliebenen: „Es geht nicht um Kompensationszahlungen, es geht um die Wahrheit“, erklärte Pawel Figonow, der seinen Bruder im Musical verlor, gegenüber der Moscow Times. Tatjana Karpowa, die Vorsitzende einer Hinterbliebenen-Gruppe, will nun eine neue Klage gegen die Behörden einreichen. Bisher wurden 82 Kompensationsklagen eingereicht. Knapp 3 000 Dollar betrug die bisher höchste Kompensationszahlung an einen Kläger. Dass die Opfer dabei „seelischen Schaden“ erlitten hätten, wurde in keinem Fall anerkannt. Das neue Anti-Terror-Gesetz wird es den Hinterbliebenen nicht leichter machen: Danach müsse nicht mehr der Staat, sondern die Terroristen den Opfern Entschädigungen zahlen, erklärte der Anwalt Igor Trunow.

Unbestrafter Rassenhass

In St. Petersburg wurde Mitte Oktober zum dritten Mal in diesem Jahr eine Gruppe Jugendlicher von einem Geschworenengericht frei gesprochen, die beschuldigt wurde, Ausländer aus fremdenfeindlichen Motiven umgebracht zu haben. Dieses Mal betraf es einen vietnamesischen Studenten, der 2004 von 14 Jugendlichen erstochen wurde. Laut den Geschworenen reichten die Beweise nicht aus. Die Straflosigkeit scheint dem Rassismus, aber auch der Gegengewalt von ethnischen Minderheiten Tür und Tor zu öffnen: Ende Oktober kam es in St. Petersburg zu einer Massenschlägerei und Messerstecherei in zwischen Russen und Aserbaidschaniern. Die Polizei jedoch ignoriert den rassistischen Hintergrund und sieht darin bloß Rowdytum.

Kohle für den Ruhrpott

Wie ein Energiekonzern sein Image poliert

Gasprom pumpt in den kommenden fünf Jahren nicht nur Gas und Öl in die Pipelines nach Europa, sondern als Sponsor auch 100 bis 120 Millionen in den deutschen Fußballklub Schalke 04, je nach Leistung. Zudem wurde eine Partnerschaft zwischen Schalke und Zenit St. Petersburg, das Gasprom vor der laufenden Saison übernommen hatte, vereinbart. Die Verträge sorgten in Deutschland für erhebliche Medienresonanz. In Russland blieb das Echo so gut wie aus.

Tino Künzel

Mit Millionenbeträgen ist die russische Öffentlichkeit nur noch schwer zu beeinflussen. Bei 84 000 Dollar-Millionären im Lande und omnipräsenten Energiekonzernen schwirren auch dem Kleinverdiener ständig Schwindel erregende Summen um die Ohren. Der Deal von Gasprom und Schalke ging da weitgehend unter und wurde fast ausschließlich in der Wirtschaftspresse behandelt. „In Moskau sind die meisten gleich wieder zur Tagesordnung übergegangen“, sagt Oleg Sokol, Redakteur bei der Sporttageszeitung „Sowetskij Sport“, zur Reaktion auf den Vertragsabschluss. „Dass im Sport das große Geld umgesetzt wird, sind die Leute von den russischen Oligarchen mittlerweile gewohnt. Das nötigt ihnen nur noch ein Achselzucken ab.“

Roman Abramowitsch als Besitzer des FC Chelsea ist längst nicht das einzige Beispiel für schlagzeilenträchtige Sportinvestments. Alexej Fedoritschew (Fedom) steckte in den letzten anderthalb Jahren mehr als 100 Millionen Dollar in den Fußballklub Dynamo Moskau und verrannte sich mit seinem Legionärs-Shopping spektakulär: Der Traditionsverein ist derzeit akut abstiegsbedroht. Wladimir Potanin (Interros) steht hinter der Olympia-Bewerbung von Sotschi für 2014. Der russischstämmige israelische Geschäftsmann Arkadij Gaidamak ist Besitzer des Fußballklubs Betar Jerusalem und Mehrheitseigner bei den Basketballern von Hapoel Jerusalem.

Den von solchen Meldungen leicht ermüdeten Russen geht eine „Nuance“ des Schalke-Deals noch nicht so recht über die Lippen: dass Gasprom den Fußballverein gar nicht „gekauft“ hat, sondern nur sponsert. Die Irritationen kommen nicht von ungefähr – so halbe Sachen macht

Gasprom sonst selten. Im vergangenen Jahr wurde „Sibneft“, Abramowitschs Goldesel, geschluckt. Gasprom-Media erwarb den liberalen Radiosender „Echo Moskwy“ und kürzlich das Qualitätsblatt „Iswestija“. Ende 2005 kaufte das Unternehmen ein Kontrollpaket des Fußballklubs Zenit St. Petersburg, bei dem es jahrelang Sponsor gewesen war. Eishockey-Erstligist SKA St. Petersburg wurde gleich mit übernommen. Beim Basketball-Verein Spartak St. Petersburg laufen die Bemühungen noch. „Gasprom ist hier bei uns überall, die haben sich in den gesamten Spitzensport eingekauft“, sagt ein St. Petersburger Sportjournalist.

Bei Zenit sahen das viele durchaus mit Unbehagen und fühlten sich dann auch sofort bestätigt. Denn die neuen Hausherrn wechselten gleich erstmal das Personal aus: Ihre europäischen Ambitionen wollten sie mit einem namhaften Trainer unterstreichen. Der populäre Tscheche Vlastimil Petržela, unter dem die Mannschaft nach Jahren des Mittelmäßes den Sprung in den Uefa-Cup geschafft hatte, beantwortete das unverhohlene Misstrauen mit trotzigem Interviews. Nach mehreren Wochen Kleinkrieg und einigen deftigen Niederlagen behielt er zwar seinen Stolz, war aber den Job los. Die vitale Fanszene von Zenit, das die loyalsten Anhänger Russlands und immer ein volles Stadion (22 000 Zuschauer) hat, feierte ihn noch wochenlang – eine Ohrfeige fürs Präsidium unter Sergej Furssenko, dem Chef der Gasprom-Tochter Lentransgas. Der konnte von Glück reden, dass Petrželas Nachfolger Dick Advocaat nach einigen mäßigen Unentschieden zu Beginn und mit Hilfe diverser Neueinkäufe Linie ins Spiel brachte. Inzwischen ist der Holländer, dem ein taktisch reiferer Fußball bescheinigt wird als Petržela, unumstritten und Zenit kurz vor Ende der Saison ein

Meisterschaftskandidat. Der bisher einzige Titel stammt aus dem Jahre 1984 und damit noch aus Sowjetzeiten. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR verschwand der Klub für geraume Zeit sogar in der zweiten Liga. „Von der Entwicklung der letzten Jahre hätte damals keiner zu träumen gewagt“, sagt Sportreporter Pawel Kusnezow.

Die Fans sehen den Anteil von Gasprom daran emotionslos. Nach wie vor ist die Mannschaft der Star oder der Trainer, nicht der Geldgeber. Doch die neuen Dimensionen, in denen auch dank des Kapitalflusses gedacht wird, haben die Stadt elektrisiert, deren schwer erziehbare, aber deshalb umso heißer geliebtes Kind



Foto: Tino Künzel

Auch Zenit-Fans (Bild) führen ein Leben in Blau-Weiß. Farblich stand dem Deal mit Schalke noch nie etwas im Weg. Nun stimmen auch die finanziellen Konditionen.

Zenit ist. 2009 soll die „Gasprom-Arena“ stehen, ein Stadion für 62 000 Zuschauer, das der Japaner Kisho Kurokawa projektiert, der auch für den Masterplan von Kasachstans neuer Hauptstadt Astana oder auch den Internationalen Flughafen von Kuala Lumpur verantwortlich zeichnete.

Das ist der Stoff, aus dem die Träume sind: das sportliche Tagesgeschäft und die Perspektiven für morgen und übermorgen. Gasproms Engagement in Deutschland und die in diesem Rahmen vereinbarte Partnerschaft zwischen Schalke und Zenit waren da eher eine Randnotiz. Und am greifbarsten schienen den Fans nicht das finanzielle, sondern der Punkt „Spieleraustausch“. Binnen weniger Tage kursierten alle möglichen Namen, bis Sportdirektor Konstantin Sarsanja den Spekulationen ein Ende

wenn es auf den dortigen Markt will. Auf der Wirtschaftsebene gibt es damit keine Probleme, doch in der Gesellschaft, beim Durchschnittsbürger, wird ein russisches Unternehmen sehr skeptisch betrachtet. Das will man ändern.“ Im Moment gehen 26 Prozent des europäischen Gasverbrauchs auf das Konto von Gasprom. Warum mussten es aber gleich 100 bis 120 Millionen Euro sein? Pappe: „Ich kann mir vorstellen, dass Schalke sich die Absichten von Gasprom zu Nutze gemacht und seine Forderungen so hoch angesetzt hat. Gasprom hatte vermutlich gar keine Wahl.“ Welche Abhängigkeiten könnten durch den Deal entstanden sein? „Wissen Sie“, antwortet Pappe augenzwinkernd, „ich glaube, dass Chelsea sehr zufrieden mit seiner Abhängigkeit von Abramowitsch ist.“

Zivilgesellschaft unter Hausarrest

Fortsetzung von Seite 1

„Aber ein entsprechendes Gesetz wie in Russland gibt es in England nicht, sondern lediglich mehrere von 1948 bis 1980 verabschiedete Beschlüsse.“

Die notwendigen Papiere zusammen zu kriegen, war laut Nikitin ein schwieriger Prozess. Alle Dokumente mussten vom Hauptsitz in London abgesegnet, von einem offiziellen Übersetzer ins Russische übertragen und notariell beglaubigt werden.

Human Rights Watch erhielt die Unterlagen von der Registrierungsbehörde gar zur Nachbesserung zurück, weil diese mit dem Namen der Vertretung „Repräsentation der ausländischen nicht-kommerziellen Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch, Inc.“ (USA) in der Russländischen Föderation nicht einverstanden war. Stattdessen sollte der Name „Repräsentation der ausländischen Korporation Human Rights Watch, Inc.“ (USA) in der Russländischen Föderation lauten. Auch diese Änderung musste laut Allison Gill von der viel beschäftigten Direktion in New York abgesegnet, danach übersetzt und beglaubigt werden. „Das dauert Wochen.“

Warum der Name geändert werden musste, kann sich Gill nicht erklären.

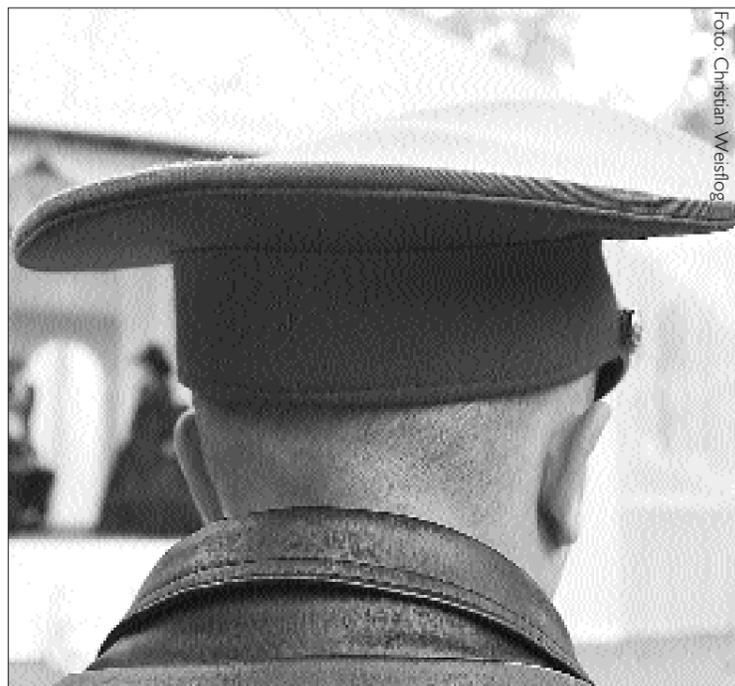


Foto: Christian Weisfogel

Auf die Frage, ob sie dahinter politische Motive vermute, antwortete Gill: „Genau über dieses Thema würde ich am liebsten sprechen, aber erst, wenn es mit der Registrierung geklappt hat.“

Doch auch mit dem Eintrag in das Verzeichnis wird von den ausländischen NGO kontinuierliche Papierarbeit erwartet: Ende dieses Monats müssen sie der Registrierungsbehörde den ersten vier-

teljährlichen Finanzbericht abliefern. Für jedes kommende Jahr sind sie zudem verpflichtet, einen Arbeitsplan vorzulegen.

Diese Finanzberichte würden auch die ausländischen Organisationen freuen, meint Mowtschan. Denn dadurch erhielten diese eine bessere Einsicht in die Verwendung ihrer Gelder vor Ort. Für Sergej Nikitin ist die Papierarbeit jedoch vor allem eine unnötige zusätzliche Belastung: „Wir werden bereits sehr streng von der eigenen Organisation, von den Steuerbehörden und unseren Banken kontrolliert.“

Die stärkere Überwachung von ausländischen Nichtregierungsorganisationen ist die direkte Antwort des Kreml auf die „orangenen“ Revolutionen in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005). Unter dem Vorwurf gefälschter Wahlen kam es in diesen Ländern zu Protestwellen und anschließenden Machtwechseln. Moskau wirft dem Westen, insbesondere den USA, vor, diese Umstürze durch die finanzielle Unterstützung von Jugendbewegungen „gekauft“ zu haben. Weil der Kreml – vermutlich unbegründeter Weise – eine ähnliche Entwicklung in Russland befürchtet, sollen die ausländischen NGO nun an die kurze Leine genommen werden.